

V7 Rheinmetall enteignen – Wir sterben nicht für eure Profite

Antragsteller*in: Claas Nutbohm und Sean Heller

Tagesordnungspunkt: #14 Verschiedene Anträge

Zusammenfassung

Die Rheinmetall AG soll enteignet werden, weil private Rüstungskonzerne durch ihr Profitinteresse von Kriegen provitieren.

1 Rheinmetall enteignen – Wir sterben nicht für eure Profite

2 Die GRÜNE JUGEND NIEDERSACHSEN fordert BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dazu auf,
3 sich für die Enteignung der Rheinmetall AG und langfristig für die
4 Vergesellschaftung der deutschen Rüstungsindustrie einzusetzen.

5 Blutgeld in euren Taschen!

6 Während auf der einen Seite Menschen vor Krieg und Verfolgung fliehen, reiben
7 sich auf der anderen Seite die Aktionär*innen der Rheinmetall AG die Hände.
8 Russland besetzt die Ukraine und die Türkei besetzt das Land der
9 Kurden. Gleichzeitig begeht Israel einen Genozid in Palästina als Antwort auf den
10 unmenschlichen Terroranschlag des 07. Oktobers 2023. Doch was haben all diese
11 Kriege gemeinsam? Menschen verlieren auf allen Seiten und deutsche
12 Rüstungskonzerne machen Kasse.

13 Private Rüstungskonzerne schaffen Profitinteresse am Krieg!

14
15 Kriege haben vielfältige Ursachen: geopolitische Spannungen, autoritäre
16 Herrschaft, Nationalismus, imperiale Machtansprüche und gesellschaftliche
17 Konflikte. Eine Verteidigungsindustrie kann nur dann verteidigen, wenn sie für
18 den Schutz der Menschen arbeitet. Dies ist unvereinbar mit der Profitlogik des
19 freien Marktes. Solange Konzerne wie die Rheinmetall AG mit dem Leid von
20 Millionen von Menschen Profite machen dürfen, werden friedliche Lösungen unnötig
21 erschwert.

22
23 Kriege dürfen kein Geschäftsmodell sein.

24 Kriege werden auf den Schultern der Arbeiter*innenklasse ausgetragen.
25 Währenddessen sitzen mitten in Europa Kapitalist*innen und Aktionär*innen und
26 freuen sich darüber, dass die nächste rechtsautokratische Regierung ihr
27 Nachbarland angreift. Denn was auf der einen Seite Tod, Schmerz und Leid
28 bedeutet, lässt auf der anderen Seite die Aktienkurse in die Höhe schießen. Es
29 geht an dieser Stelle nicht um das Recht auf Selbstverteidigung oder
30 Souveränität. Es geht darum, dass das Profitinteresse von der Rheinmetall AG und
31 allen anderen Rüstungskonzernen, in vielen Fällen einem Ende der Konflikte
32 entgegensteht.

33 Historische Verantwortung von Rheinmetall

34
35 Rheinmetall trägt als eines der ältesten deutschen Rüstungsunternehmen dabei
36 eine besondere historische Verantwortung: Im Nationalsozialismus war das
37 Unternehmen ein zentraler Bestandteil der Kriegswirtschaft und profitierte von
38 der Produktion von Waffen und Munition für den Zweiten Weltkrieg. Diese
39 Vergangenheit darf nicht vergessen werden. Sie mahnt uns, die Verstrickung

40 wirtschaftlicher Interessen mit Krieg und Unterdrückung kritisch zu
41 hinterfragen.

42
43 Feministische Perspektive auf Krieg und Frieden

44
45 Gleichzeitig zeigt sich, dass Kriege Menschen nicht gleich treffen: Besonders
46 FLINTA*-Personen, Kinder und Minderheiten leiden unter den Folgen von Gewalt,
47 Vertreibung und Zerstörung. Sie sind häufig Opfer sexualisierter Gewalt,
48 verlieren ihre Lebensgrundlagen und tragen die Hauptlast der Care-Arbeit in
49 Krisen. Eine feministische Sicherheitspolitik muss diese Perspektiven in den
50 Mittelpunkt stellen und sich dafür einsetzen, dass Verteidigungsprozesse
51 geschlechtergerecht gestaltet und die Stimmen von FLINTA*-Personen und
52 marginalisierten Gruppen in sicherheitspolitischen Entscheidungen gehört werden.

53 Wir sterben nicht für eure Profite!

54 Deutschland investiert so viel in Rüstung und Krieg wie noch nie. Der
55 Sozialstaat und das Gesundheitssystem gehen leer aus. Die Bevölkerung wird
56 psychologisch auf Krieg vorbereitet, die Wiedereinführung der Wehrpflicht steht
57 vor der Tür. Die Historie hat gezeigt: Kriegsmaschinerie bringt Tod, Leid und
58 Zerstörung. Waffen – wenn auch angeblich nur für die Verteidigung gebaut –
59 dürfen nicht zur Bereicherung einiger weniger genutzt werden.

60 Darum fordern wir:

61 Rheinmetall enteignen und langfristig auch die restliche Rüstungsindustrie
62 vergesellschaften und demokratisch kontrollieren.

Begründung

Erfolgt mündlich